



Detailansicht des Registereintrags

Bundesnetzwerk Ombudschaft in der Jugendhilfe

Aktuell seit 01.07.2026 10:01:10

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007767
Ersteintrag:	05.01.2026
Letzte Änderung:	01.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Emser Str. 126 12051 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4903021300873 E-Mail-Adressen: info@ombudschaft-jugendhilfe.de Webseiten: https://www.ombudschaft-jugendhilfe.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge,
Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Björn Redmann**
Funktion: Vorsitzender
2. **Prof. Dr. Peter Schruth**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Lydia Tomaschowski**
2. **Andrea Len**
3. **Fiona Grasmann**
4. **Eva Duda-Franke**
5. **Beate Frank**
6. **Prof. Dr. Nicole Rosenbauer**
7. **Björn Redmann**
8. **Prof. Dr. Peter Schruth**

Gesamtzahl der Mitglieder:

42 Mitglieder am 03.09.2025, davon:

23 natürliche Personen

19 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):

1. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (6):

Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Sonstiges im Bereich "Recht"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Tätigkeiten der Interessenvertretung umfassen im Schwerpunkt die Erarbeitung und Veröffentlichung von Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen im Bereich des Kinder- und Jugendhilferechts. Ferner erfolgt die Durchführung von Gesprächen mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu jugendhilfepolitischen Fragestellungen. Darüber hinaus werden Kampagnen zu rechtswidrigen Praktiken in der

Jugendhilfe durchgeführt, die mit Empfehlungen zu erforderlichen gesetzgeberischen Anpassungen und Nachbesserungen verbunden sind.

Grundlage:

Die Beratungs-Anfragen der im Bundesnetzwerk zusammengeschlossenen Ombudsstellen werden regelmäßig von der Bundeskoordinierungsstelle ausgewertet. Die Daten liefern wichtige Erkenntnisse über die Ergebnisse und Entwicklungen der ombudtschaftlichen Beratungstätigkeit und lassen Rückschlüsse auf strukturelle und systemimmanente Schieflagen in der Kinder- und Jugendhilfe zu. Diese Ergebnisse und Erkenntnisse werden in Form einer Jahresstatistik veröffentlicht und mit der Fachöffentlichkeit geteilt. Die Statistik, sowie der Fachaustausch im Bundesnetzwerk, dienen als Grundlage für fachpolitische Positionierungen und weiteren Veröffentlichungen, die der strukturellen Weiterentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe dienen sollen. Das Bundesnetzwerk engagiert sich für die Stärkung der Betroffenenrechte von jungen Menschen und ihren Familien auf Bundesebene und agiert hierbei als fachpolitisches Sprachrohr aller Mitglieder im Bundesnetzwerk.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Stellungnahme zum Thema junge geflüchtete Menschen in der Jugendhilfe: Volle Rechte, keine Abstriche! Übergangslösungen sind keine Lösungen

Beschreibung:

Unter dem Titel „Volle Rechte, keine Abstriche! Übergangslösungen sind keine Lösungen“ positioniert sich das BNO zur Situation junger Geflüchteter in der Jugendhilfe. Die Erfahrungen der Ombudsstellen des BNO zeigen, dass bzgl. junger Menschen mit Fluchterfahrung trotz bestehender Rechte strukturelle Benachteiligungen bestehen. Das BNO fordert bedarfsorientierte Konzepte und Handlungsansätze, die unter den Voraussetzungen von Migration die Verwirklichung der universellen Menschen- und Kinderrechte sowie des Jugendhilferechts zum Ausgangspunkt und zum Ziel haben. Die Positionierung besteht aus einer 1-seitigen Kurzfassung und der sich anschließenden vollständigen Positionierung.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Glinkastraße 24, 10117 Berlin

Betrag: 300.001 bis 310.000 Euro

KJP gefördertes Projekt im KJP-Handlungsfeld IV: Hilfen für Familien, junge Menschen, Eltern mit dem Titel:

"Machtasymmetrien ausgleichen - Weiterentwicklung von Ombudschaft in der Jugendhilfe durch die Bundeskoordinierungsstelle"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Rechenschaftsbericht_2024_final.pdf](#)